

# Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaltene Beilage oder deren Raum 150 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Dienstag, den 1. Februar 1921.

28. Jahrgang.

## Die Forderungen der Entente.

Die Beschlüsse der Pariser Konferenz stellen die deutsche Regierung und das deutsche Parlament vor Entscheidungen, die noch schwieriger sein werden als der Entschluß im Juli 1919, dem Friedensvertrag von Versailles zuzustimmen. Keine Regierung im Reich, die sich geartet, wie sie auch will, wird diesen unübersehbaren Berg von Milliarden Goldmark aus der deutschen Volkswirtschaft heben und in die Länder der Entente schaufeln können. Dies um so weniger, als nach den neuesten Veröffentlichungen das Reich für 1920 ein Defizit von 79 Milliarden aufzuweisen hat. Das Reichskabinett hat gestern einmütig den Ententenvorschlag in der Reparationsfrage als indiskutabel bezeichnet. Geringere Sorgen als die Wiedergutmachung macht uns als Sozialdemokraten die Entwaffnungsfrage, obwohl sie ein Horn ist auf die internationale Abrüstung, solange die Entente sich bis an die Zähne bewaffnet. Sicher ist leider, daß die Art des Entwaffnungshittates zehntausende deutscher Arbeiter brotlos machen wird. Die Entwaffnungsnote bedeutet zum Beispiel das Aufhören der blühenden Flugzeug-Industrie, das bedeutet den Hunger und das Elend vieler hochqualifizierter Arbeiter, denen die Abwanderung in eine andere Industrie infolge der ganzen wirtschaftlichen Lage Deutschlands unmöglich ist. Die Arbeitsmöglichkeit wird weiter unterbunden durch die verlangten Auftragsarbeiten, die fast jede Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands unterbindet.

Wie sich die aus diesen ungeheuerlichen Bedingungen entstehende politische Lage im Innern des Reiches gestalten wird, ist zur Stunde ganz ungewiß. Die schwächste bürgerliche Presse faßt wieder von allerhand Gerüchten, auf die man gar nichts geben kann. So wird der beachtlichste Rücktritt des Außenministers Simon im gleichen Atemzuge dementiert, wo er auftracht. Auch von einer Erweiterung der Regierungsbasis wird grundlos geredet. Die Sozialdemokratie hat gar keine Ursache, jetzt die Regierung zu übernehmen. Besonders rührig sind die Volkspartei in ihrer verlogenen Presse. Sie möchten gar zu gerne eine „nationale“ (lies nationalistische) Einheitsfront, um sich vor der Verantwortung zu drücken. Die Sozialdemokratie wird sich von diesen Mitschuldigen allen Eifers nicht einfangen lassen.

## Das Begleitschreiben Briands

zu den Beschlüssen der Konferenz erinnert daran, daß die alliierten Regierungen dadurch, daß sie zu wiederholten Malen in die Verlängerung der Fristen für die Entwaffnung einwilligten, den Schwierigkeiten Rechnung trugen, worauf die deutsche Regierung bei der Ausführung der ihr nach dem Friedensvertrag obliegenden Verpflichtungen stieß. Die Alliierten geben der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung sie nicht in die Notwendigkeit setzen würde, von neuem die ernste Lage ins Auge fassen zu müssen, die dadurch geschaffen würde, wenn Deutschland neuerdings gegen seine Verpflichtungen verstößt. Sie bestätigen deshalb ausdrücklich alle ihre früheren Entschlüsse. Das Begleitschreiben weist darauf hin, daß die bisherigen bevollmächtigten Vertreter der deutschen Regierung zur Konferenz mit den alliierten Vertretern nach London auf Ende Februar eingeladen werden. Ein Schreiben folgt, das die Schlussforderungen in der Entwaffnungsfrage mitteilt, die der Konferenz zugegeben und bereits bekanntgegeben hat. Bezüglich der Reparationsfrage besagt das Schreiben, daß die Verbündeten einmütig die Lösung billigten, die die Verpflichtungen, die durch die verschiedenen Artikel des Friedensvertrages auferlegt wurden, nach den bereits bekannten Vorschlägen regelt.

## Die militärische Note.

In der Note des Obersten Rates vom 29. Januar wird vorangeführt, daß der von der deutschen Regierung eingedachte Entwurf eines Reichswehrgesetzes die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht zwar für das Reich, nicht aber für jedes einzelne Land ausdrücklich ausgesprochen habe. Auch seien darin „Ergänzungsgruppen“ und andere nicht näher bezeichnete militärische Organisationen vorgesehen. Weiter heißt es unter anderem: Die Stärke gewisser Formationen und einer Anzahl militärischer Angestellten sind nicht in dem 109 000-Mann-Heer einbezogen. Die Zahl der Offiziere und militärischen Angestellten der Zentralverwaltung übersteigt weit die vom Friedensvertrag zugelassene Zahl (916 statt 300). Die Entwaffnung Deutschlands ist weit davon entfernt, vollendet zu sein. Eine große Menge Material ist bei den Truppenkörpern, in Depots und Arsenalen angehäuft. Zahlreiche Waffen sind noch in den Händen der Zivilbevölkerung. Die deutsche Regierung hat die Auslieferung des nicht angeführten Artilleriematerials von Küstern und Höhen-Böden sowie der schweren Artillerie von Königsberg hinausgeschoben und verlangt für Landbesetzungen bedeutende, nicht vertraglich vorgesehene Materialmengen, namentlich 2600 Maschinengewehre behalten zu dürfen. Sie verzögert die Auslieferung des nicht angeführten Materials der Seebesatzungen und will 1000 Geschütze samt 420 behalten. Die Schließung der Werftstätten und die Zerstörung der Maschinen zur Fertigung von Kriegsmaterial sei nicht unter den vorgeschriebenen Bedingungen durchgeführt. Die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen hat erst begonnen. Ihre Auflösung ist nicht durchgeführt. Die deutsche Regierung beansprucht das Recht, diese Organisationen aufrechtzuerhalten und ihre Entwaffnung in Stufen und Abschnitten bis zu einem ungewissen Zeitpunkt hinauszuzögern. Die in demselben vorgesehene Auflösung der Selbstschutzorganisationen ist nicht durchgeführt worden.

Die Note führt dann die Entscheidungen der alliierten Regierungen an. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, bis zum 15. März 1921 den gegenwärtig dem Reichstage vorliegenden Reichswehrgezetwurf zu verabschieden, nachdem er zuvor mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht ist, namentlich hinsichtlich der allgemeinen Wehrpflicht, die gegenüber jedem der einzelnen Länder, wie gegenüber dem Reich befristet werden muß. Bis zum 15. April 1921 ist das 100 000-Mann-Heer mit dem Friedensvertrag in Einklang zu bringen und das Juviel an Offizieren und Angestellten der Zentralverwaltung zu befristigen. Bis zum 28. Februar 1921 ist der Rest des Kriegsmaterials auszuliefern. Das infolge der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann überschüssig geworden ist, ferner das bei Truppenkörpern, in Depots und Arsenalen gesammelte Material, das von der deutschen Regierung reklamierte Material, Ersatz- und Hebungsmaterial und die noch in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen.

Außerdem dürfen vom angegebenen Termin ab Küstern und Höhen-Böden keinerlei Geschützausrüstungen behalten und die Festung Königsberg nur 22 schwere Geschütze haben und für die Ausrüstung der Seebesatzungen nur 420 Geschütze statt der deutschen Wehr geforderten 1086 vorhanden sein. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, die Liste der zur Herstellung von Kriegsmaterial künftig zugelassenen Fabriken anzuzeigen und die nicht zugelassenen Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial außer Gebrauch zu setzen. Die gesetzlichen Vorschriften, die die Auflösung aller Selbstschutzorganisationen anordnen und deren Wiedererrichtung unter Strafandrohung verbieten, müssen bis zum 15. März 1921 veröffentlicht sein. Die Auflösung selbst muß spätestens am 30. Juni beendet zu sein. Von den von dieser Organisation angemeldeten Waffen sind im ganzen Reich sämtliche schweren und zweidrittel der Handwaffen, einschließlich der Munition, bis zum 31. März 1921 auszuliefern. Der Rest der vorhandenen Waffen und Munition bis zum 30. Juni 1921. Die Sicherheitspolizei darf in keiner Weise eine Zentralorganisation und keine stärkere Bewaffnung haben, als sie von der internationalen Kontrollkommission festgelegt ist, und ihre Stärke darf 150 000 Mann nicht überschreiten.

Hinsichtlich der Marine wird die deutsche Regierung aufgefordert, bis zum 28. Februar 1921 alle angeforderten Schriftstücke zu übergeben, bis zum 30. April 1921 alle in Reserve gehaltenen Schiffe desarmieren zu lassen. Bis zum 31. Juli 1921 soll die Zerstörung aller im Bau befindlichen Kriegsschiffe, mit Ausnahme derjenigen, deren Umwandlung in Handelschiffe zugelassen ist und sofort die vollständige Zerstörung aller U-Boote und U-Bootteile bewirken und sofort jeden Bau von U-Booten oder U-Bootteilen einstellen. Auslieferung und Zerstörung aller über die zulässige Menge hinausgehenden Kriegsmaterialien ist ohne Verzug zu bewirken. Die von der Seefahrerkonferenz geforderte vollständige Armierung der leichten Kreuzer und Zerstörer ist abzuliefern. Die internationalisierte Marinekontrollkommission wird bestimmen, was Kriegsmaterial ist, muß sofort ausgeliefert werden. Falls es zu Handelszwecken verwandt werden kann, wird die Kommission es nach Unbrauchbarmachung für militärische Zwecke übergeben. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, die in Ausführung der Marinebestimmungen des Friedensvertrages erlassenen Geheße diesem anzupassen. Die Note nennt sodann die Verträge Deutschlands gegen die Bestimmungen über Luftfahrt und bestimmt: Die Nachforschungen nach verbotenen Material sind von der deutschen Regierung zu erleichtern. Alle vorgesehene Ablieferungen müssen vor dem 15. Mai 1921 beendet sein. Die Fabrikation und Einfuhr von Luftmaterial darf erst nach drei Monaten nach dem Tage wieder aufgenommen werden, an dem die internationalisierte Luftfahrtkontrollkommission erkannt haben wird, daß Art. 202 vollständig ausgeführt ist. Deutschland muß die für die Zerstörung der Zeppelein verlangte Entschädigung leisten. Die Einzelheiten dieser Entschädigungen werden nach bestimmt. Deutschland muß vor dem 31. März 1921 5 Millionen Mark als Entschädigung für unzulässigerweise ausgeführtes Material zahlen. Deutschland hat die Verwendung von Flugzeugen bei keinen Polizeiformationen zu unterlassen und bei Anwendung des Art. 202 der Vertrag den Besitz aller Luftfahrtskräfte für See- und Marine unterliegt, muß es diejenigen Bestimmtheiten anerkennen, die von den alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die zivile Luftfahrt von der verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Die alliierten Regierungen werden sich durch beständige Überwachung versichern, daß Deutschland diese Verpflichtungen erfüllt.

## Die Milliardenforderungen

haben wir in ihren Grundzügen bereits mitgeteilt. Nach Art. 2 muß die deutsche Regierung der Reparationskommission unverzüglich auf den Inhaber lautende Bonds ausstellen, die an dem in der Vereinbarung vorgesehenen Fälligkeitstage zahlbar sind. Art. 3 heißt vor, daß Deutschland die Raten auch im voraus bezahlen kann. Art. 4 besagt: Deutschland wird weder mittelbar noch unmittelbar irgend eine Kreditaktion innerhalb seines Gebietes ohne Zustimmung der Reparationskommission unternehmen. Die Bestimmung findet auf die Reichsregierung, die Regierungen der deutschen Länder, auf die deutschen Provinzial- und Gemeindebehörden und auch auf diejenigen Gesellschaften oder Unternehmungen, die von solchen Regierungen überwacht werden, Anwendung. — Artikel 5: In Anwendung des Artikels 248 des Vertrages von Versailles haben alle Güter und Einkünfte des Reiches und der Länder der Sicherstellung einer reiblosen Ausführung der in der gegenwärtigen Vereinbarung getroffenen Bestimmungen durch Deutschland zu dienen. Der Ertrag der deutschen See- und Landzölle, einschließlich insbesondere des Ertrages aller Einfuhr- und Ausfuhrzölle und aller Nebenabgaben, bildet ein besonderes

Pfand für die Durchführung der gegenwärtigen Vereinbarung. Keine Änderung in der Zollgesetzgebung oder in den Zollverwaltungsbestimmungen Deutschlands, die geeignet wären, den Ertrag der Zölle zu vermindern, darf ohne Zustimmung der Reparationskommission vorgenommen werden. Die Gesamtheit der deutschen Zolleinnahmen wird für Rechnung der deutschen Regierung durch einen Generalzolleinnehmer für die deutschen Zölle vereinnahmt werden, der von der deutschen Regierung mit Zustimmung der Reparationskommission ernannt werden wird.

Falls Deutschland eine der in der gegenwärtigen Vereinbarung vorgesehenen Zahlungen unterlassen sollte, kann 1. die Gesamtheit oder ein Teil des Ertrages der deutschen Zölle in der Hand des Generalzolleinnehmers für die deutschen Zölle durch die Reparationskommission beschlagnahmt und von ihr zur Erfüllung derjenigen Verpflichtungen verwandt werden, die Deutschland zu erfüllen unterlassen hat. In diesem Falle kann die Reparationskommission, wenn sie es für nötig hält, die Verwaltung und die Vereinnahmung der Zolleinnahmen selbst übernehmen. 2. die Reparationskommission die deutsche Regierung auffordern, die Tarife zu erhöhen oder zur Vermehrung ihrer Einnahmequellen alle von dieser Kommission für unumgänglich erachteten Maßnahmen zu treffen. 3. Wenn diese Aufforderung ohne Erfolg bleiben sollte, so kann die Kommission die Tatsache der Nichterfüllung der deutschen Regierung förmlich feststellen und diese Sachlage den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächten anzeigen, die dann die von ihnen für gerechtfertigt erachteten Maßnahmen ergreifen werden.

Geschehen in Paris am 29. Januar 1921.  
(Gez.) Henry Jaspar, Dr. Lloyd George, Ir. Briand, G. Storza, R. Dhill.

## Der Ernst der Lage.

U. Berlin, 1. Februar. Der außerordentliche Ernst der Lage ergibt sich schon aus dem Umstande, daß sämtliche Forderungen des Reichstages bis in die letzten Abendstunden hinein gelangt haben. Die Sitzung des Reichskabinetts dauerte bis kurz vor 9 Uhr. Die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse sind noch nicht bekannt. Von zuständiger Seite wird u. a. mitgeteilt: Die Forderungen bezüglich der Entwaffnung gehen weit über den Friedensvertrag hinaus. Die Ablieferung und Zerstörung unseres Kriegsmaterials ist ziemlich weit vorgeschritten. Was noch vorhanden ist, sind Rückstände, aus denen eine Auswahl für die Reichswehr vorgenommen werden soll. Deutschland hatte bezüglich der ostrompischen Schutzwehren nachgehakt, daß kein fester Termin für die Auflösung vorgegeben werde, bevor nicht der Krieg zwischen Polen und Rußland völlig beendet sei. Der jetzt festgesetzte Termin bedeutet ein glattes Hinweggehen über das deutsche Erluchen. Die Wegnahme der Festungsgeräte hat im Friedensvertrage keine Unterlage. Die vorhandenen Marinepläne und -Karten sind abgeliefert. Der Umbau der Kriegsschiffe in Handelschiffe ist bis auf ein einziges in Angriff genommen. Ebenso die Zerstörung der U-Boote. Die geforderte Auslieferung der Armierung entspricht nicht dem Friedensvertrage. Das deutsche Anerbieten, die Armierung abzuliefern, wenn sie auf Reparationskosten angerechnet werde, ist unbeachtet geblieben. Deutschland hat im Kriege 46 000 Flugzeuge gebaut, 27 000 sind zerstört worden. Eine ungeheure Menge von Flugzeugen ist beim Rückzug und später verloren gegangen. Ferner sind große Mengen ausgeliefert worden. Obwohl nach dem Friedensvertrag der Neubau von Flugzeugen nur drei Monate lang zu verbieten ist, verbietet die Entente auch weiterhin den Neubau.

## Räuber und Halunken.

Die Reaktion zieht mit dem Schlachtruf: Rettet Preußen! in den Wahlkampf und meint damit: rettet die Monarchie! Sie will unter allen Umständen erreichen, daß die Wehrheit des Volkes sich für sie entscheidet und sie so in die Lage versetzt wird, gemeinsam mit Bayern die Wiedererrichtung der Monarchie vorzubereiten und durchzuführen. Man könnte über diese zwei Jahre nach der deutschen Revolution propagierten Pläne lächeln, wenn sie nicht allzu ernst wären, wenn hinter ihnen nicht finanziell ungeheuer einflußreiche Kreise stehen würden, die sich die Sache etwas kosten lassen und wenn diese Propaganda nicht schon einen gewissen Erfolg gehabt hätte. Es nützt nichts. Es ist Tatsache, daß die Reaktion gewaltig angewachsen ist, daß sie im Augenblick eine Gefahr bedeutet, die mit einem reaktionären Wahlsieg in Preußen gewaltig vergrößert werden würde. Es sei hier nur an das krampfhaft Bemühen der Reichsregierung erinnert, die Entente von der Notwendigkeit der konterrevolutionären Organisationsarbeiten zu überzeugen, an den Plan der Rechtsparteien betreffend eine Wiedererrichtung der alten Reichsmonarchie, an die Standesbesprechungen in der Breslauer Landwirtschaftskammer anlässlich der Kaisers Geburtstagfeier, an die Ausschließung des Verfassers der deutschen Reichsverfassung, Dr. Prutz, aus der Berliner Landtagsliste der demokratischen Partei und seine Ersetzung durch den „demokratischen“ Handelsminister Fritschel. Auch das Zentrum, das schon von jeher die Vorherrschaft der Kompromisse war, scheint sich seiner alten reaktionären Politik zu entsinnen und bereit zu sein, Arm in Arm mit den Reaktionären und den Kollaborateuren gegen die We



# Auch eine „Wahrheit über Rußland“.

In den deutsch-russischen Agitationsversammlungen werden den Zuhörern fortgesetzt wahrhaft tolle Geschichten erzählt. Erst kürzlich hat ein angeblicher Dr. Schmidt aus Petersburg, in mehreren deutsch-russischen Versammlungen berichtet, in Riga seien Tausende von Gegnern der Bolschewisten durch jüdische Mädchen hingerichtet worden, die sich freiwillig zu dieser Bluttat erboten hätten, nachdem chinesische Kuli sie verweigerten. Solche Erzählungen tragen den Stempel der Erfindung an der Stirn. Ohne daß das System des bolschewistischen Terrors gegen politische Widerjäger irgendwie verteidigt werden soll, muß gesagt werden, daß derartige Erzählungen von bolschewistischen Waffengenereln bisher einer Nachprüfung, soweit eben eine solche möglich war, nicht standgehalten haben. Bewiesene Tatsachen sind dagegen die furchtbaren Grausamkeiten und Massenmorde, die unter der Herrschaft der antibolschewistischen reaktionären Generale in der russischen Ukraine begangen worden sind. Die „Königsberger Zeitung“ veröffentlichte kürzlich Mitteilungen aus den offiziellen Berichten der Ausschüsse des Roten Kreuzes, in denen festgestellt wird, daß in der Ukraine Zehntausende jüdischer Menschen hingenommen, Hunderttausende verwundet, mißhandelt, geschändet, ihres letzten Hemdes beraubt, und daß jüdische Frauen zu Tausenden dem Viehischen Trieb wilder Horden geopfert wurden. Greise seien in Massen verstümmelt, Hunderte unschuldiger Kinder in Stücke zerhackt worden. Die einzige Hoffnung derer, die diese Panik erlebten, sei die Kugel, die ihnen schnellen Tod gönne. Auf der Karlsbader Weltkongressen berichtete der Ingenieur Zemlin über seine persönlichen Erlebnisse: „Das Verbrechen der Juden Petljuras. In Strömen floß Judenblut. Oft wurden die Pogrome von den Behörden angeordnet. Manchmal spielte die Musik dazu. Die gräßlichsten Seelenmarter bewirkte das Verbot, die Gemordeten zu bestatten. Da vorher die Waffen eingezogen waren, konnte niemand an Notwehr denken. Vier Kleinstädte wurden völlig ausgelöscht. Die Gesamtzahl der gemordeten Juden beträgt 138 000; ebenso groß ist die Zahl der hilflos hinterlassenen Waisen. Ein Drittel der ukrainischen Juden, die drei Millionen Seelen umfaßt, ist ins tiefste Elend gesunken.“

Ueber diese furchtbaren Vorgänge, die, wie gesagt, unbefristete Tatsachen sind, haben die deutsch-russischen und antisemitischen Redner in ihren Vorträgen, in denen sie die „Wahrheit über Rußland“ zu berichten versprochen, kein einziges Wort gesagt. Es wäre ja auch ihren Zwecken der nationalistischen und antisemitischen Volksverbeugung hinderlich gewesen. E. H. R.

## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 1. Februar.

### Aus der Bürgerschaft.

Protest gegen die Pariser Beschlüsse. — Fiskalgesetz und Verwandschaft. — Tarifierhöhung der Straßenbahn. — Presseamt.

Die erste Stunde opierte unser Parlament, um sich ein eigenes Gesetz zu schaffen, eine Geschäftsordnung, und die nächstfolgende Viertelstunde widmete die Bürgerschaft der Erdröhlungsangelegenheit in Paris. Das deutsche Volk darf keine Gelegenheit unbenutzt vorbeigehen lassen, um schärfsten Protest gegen die Vergewaltigung durch die Sieger zu erheben. Es darf dies mit Recht, weil es in seiner übergroßen Mehrheit ein Volk des Friedens war und ist und nur als Sündenbock deutscher Wahnsinnspolitiker und Volksunterdrücker steht. Die Beschlüsse des Pariser Kongresses sind ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das die Weltgeschichte nicht vergessen darf. Die Urheber des Volksverderbs dagegen sind der Meinung, daß sie jede Stunde beim Schöpfe fassen müssen, um ihre Freiheit vor aller Welt bloßzulegen und nebenbei dem geschundenen Volke noch einen Fußtritt zu verleihen. Dem freisinnigen Ritter Georg in der Bürgerschaft, Herrn Dr. Wittern, blieb es als Anwalt der deutsch-nationalen Kriegsgeschädigten vorbehalten, das Dolchspiel anzusetzen und die hohe Ehre seiner konfessionellen Spiegelglas zu preisen. Jetzt nachher, nachdem wir durch ihre Schuld am Bettelstab sitzen. Es hies ja Wasser in einen verjessenen Kahn füllen, gegen den urwandlich festgenagelten alldeutschen Schwindel anzugehen. Fragen Sie doch Ihren großschnauzigen Ludendorff, Herr Doktor, wie er sich einfindet, als er dem deutschen Volke die Schlinge um den Hals gelegt hatte, zu der Waffenstillstandsbedingung heute allerdings streitet es wie alle edlen Ritter wieder alles ab. Die Worte, die Herr Dr. Wittern hierüber drachelte, waren ebenso illegal wie der Präkursor gegen die hauptamtliche Bekämpfung des neuen Senators und die Freiheitsrechte bei der Kennzeichnung des Lübschen Amtsblattes durch den Gemeinen Dreger. Mit dieser Agitationsübungsstunden für die kommende Wahl wird der reaktionären Partei doch nicht gedient, selbst wenn der sich geistig frei dünkende Rückwärtsler, die Beschlüsse. Wir kennen doch die Melodie und wissen den schmetternden Klang der Trommete zu würdigen.

Ueber die Fiskalverhältnisse wurde eine recht lebhaftige Aussprache gepflogen. Das Ergebnis ist die Annahme der Kommissionsbeschlüsse und die Wahl einer Kommission, die das Fiskalgesetz einer Durchsicht unterziehen soll. Auch einige Gesuchen, vom Gemeinen Hagelstein gestellt, wurden angenommen sowie ein Antrag Dr. Witterns, daß nur 5 Ringwanden gleichzeitig in den Lübschen Hochtageswässern tätig sein dürfen.

Ueber die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung der Straßenbahn ergaben sich keine Meinungsverschiedenheiten. Die Kosten müssen gedeckt werden, selbst wenn es Leute geben sollte, die nach dem Ausspruch des Herrn Ambrosius glauben, den Salagern die Fensterheben einzuflagen zu müssen. Man verhandelte auch über die Einführung von Notgeld, und Herr Kappe empfahl sogar die Errichtung von besonderen Wechselbuden in den Hauptverkehrszentren. Vielleicht sieht sich Herr Kappe einmal die Wägenkäufe an und spekuliert, wo am besten ein Loch hineingehauen werden kann. Dann ist der Klost fertig und Lübeck um eine Großstadteinrichtung reicher.

Ueber das Presseamt ist die Mehrheit der Bürgerschaft und der Senat befreit. Es soll ein Genhau für Lübeds wirtschaftliches Erleben werden, die Presse selbst darf kräftig mitreden. Bei den Vorarbeiten hat man allerdings vergessen, sie von den Schäften und Aufgaben dieser Konzeption zu unterstützen, dafür wird sie nachher um so besser gefüttert werden. Wir teilen als Rämmer vom Bau die übertriebenen Hoffnungen, die auf das Presseamt gesetzt werden, nicht. Die Mehrheit der Bürgerschaft hat dem Antrag zugestimmt und damit finden wir uns ab. Das andere warten wir ab.

Aus den Verhandlungen wäre noch erwähnenswert, daß bei den Lübschen Behörden noch recht bequeme Zustände bestehen, wie Herr Kappe Ab. 20 mit anführt. Wenn die hierfür verantwortliche Beschlüsse glaubt, ihre 8 Stunden nur mit solchen Kinderleichten beschlagen zu können, dann kann sie ihr Licht gerne auspuhen. Die Fiktion des Mißstandes muß allein schon zu keiner Mäßigung genügen.

Das Arbeitszimmer des Senators Friedrich befindet sich im Finanzgebäude, Strichhauerstraße 2 Treppen, Zimmer Nr. 14.

Freitag, 1. Februar. Der Vortrag des Gemeinen Schauer über die Verhandlungen durch unsere Delegation in der Aula des Gymnasiums findet nicht heute, sondern Mittwoch statt.

Gegen die neuen Reichsfarben wüthen die Reaktionäre aller Schattierungen fortgesetzt. Die „Lübschen Anzeigen“ brachten am Sonnabend einen „Schwarz-Weiß-Rot“ überschriebenen Artikel, in dem folgendes zu lesen ist: „Wenn Lumholtz durch „Schwarz-Rot-Gold“ ausgedrückt werden sollte, „Aus tiefer Nacht durch die Revolution zur goldenen Freiheit“, dem roten Revolutionsbalken die Mitte einräumend, so ist das vielleicht vom Standpunkt des Revolutionärs aus ganz schön gedacht; es ist aber eine heraldische Unmöglichkeit, denn Schwarz-Rot-Gold — Farbe-Farbe-Metal — ist ein heraldischer Unsinn! — Viele lagen zu diesen nebenbeiliegend unheimlichen Farben: „Schwarz ist die Zukunft, blutigrot die Gegenwart, golden war die Vergangenheit.“ — Die schwarze Reaktion hat im blutroten Meer des Weltkrieges die „goldene“ Vergangenheit verlernt.

Abstimmungsrechte Oberstleutnant! Sobald es feststeht, ob ein Abstimmungsberechtigter in die Stimmliste eingetragen oder sein Antrag vom paritätischen Ausschuss abgelehnt ist, geht der Eile wegen von Breslau direkt den Abstimmungsberechtigten eine Mitteilung hierüber zu. Bei Unklarheit oder gar Ablehnung der Anträge werden alle Oberstleutnanten gebeten, sich sofort mit Herrn Hauptpolizeiwachmeister Woiwet, Kanzeleigebäude, Breitestraße, in Verbindung zu setzen.

Notes Kreuz. Die „Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriegs“ (Kreisverband Lübeck) und die hiesige Krieger-Sanitätskolonne, sowie die während des Krieges gegründete „Kolonne vom Orisdienst“ haben sich vor längerer Zeit zusammengeschlossen und unter dem Namen „Lübecker Sanitätskolonne vom Notes Kreuz“ ihre Friedensstätigkeit wieder aufgenommen. Demnach wird die Kolonne unter anderem an der Hafen-Drehbrücke ihre Unfallstation eröffnen, von der jederzeit erste Hilfe bei Unglücksfällen zu erlangen ist, und kurzzeit wird von dem Kolonnenarzt Dr. Weg ein Wiederholungskursus abgehalten, der Mittwoch abends von 8 bis 9½ Uhr in der Gewerkschule, Domkirchhof, stattfindet und sich reger Beteiligung erfreut.

Eine Verurteilung unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes sendet uns der Arbeitslosenrat über die von uns am Sonnabend gezeigte Notiz betreffs der am 26. Januar von den Erwerbslosen gehaltenen Demonstration. Sie lautet:

1. Es ist nicht wahr, daß eine Vertretung bei der Volkzeitung paritätisch geworden ist, um die Aufhebung der Bestimmungen über den Bannkreis zu fordern.
2. Es ist nicht wahr, daß eine Demonstration von den Arbeitslosen weder geplant war noch stattfinden sollte, um die Freigabe des Marktplatzes zu erzwingen.
3. Es ist nicht wahr, daß man mit Gewalt vorgehen wollte, um die Freigabe des Marktplatzes zu erzielen.

Der Erwerbslosen-Rat.  
H. M. Hermann Roggenkamp.

Dazu wird uns vom Polizeiamt berichtet: „Es ist richtig, daß vor 2 bis 3 Wochen ein Vertreter der Arbeitslosen bei uns vortrat, sich als Beauftragter des Erwerbslosenrates vorstellte und dabei erklärte, daß die Erwerbslosen, in deren Auftrag er immer sprach, für den 26. Januar die Aufhebung des Gesetzes über den befristeten Bannkreis des Marktplatzes beantragten.“ Auf die Ablehnung des Antrages erklärte dieser Vertreter, daß dann die Arbeitslosen vermutlich sich mit Gewalt den Zutritt zum Marktplatz verschaffen würden. Auch daraufhin ist ihm erwidert worden, daß es bei der Ablehnung kein Verbrechen geben müßte. Ob dieser Vertreter nun zu seinen Ausführungen von den Erwerbslosen legitimiert war, wurde nicht festgestellt, da er von vornherein betonte, im Erwerbslosenrat an leitender Stelle zu stehen. Seine Ausführungen mußten deshalb als im Sinne der Erwerbslosen gemacht angesehen werden. In Zukunft wird das Polizeiamt jedenfalls bei allen Verhandlungen mit Erwerbslosen nach der Legitimation fragen und Unterredungen mit einzelnen Personen ablehnen.“

Eine Versammlung der Strafanstalts-Aufsichtsbeamten, die von der Ortsgruppe Lübeck des Bundes dieser Beamten einberufen war, tagte am Sonnabend abend im „Turnerheim“. Der Landesvorsitzende Herr Thiele-Berlin sprach über „Die Tätigkeit des Aufsichtsbeamten als Sicherheits- und Erziehungsbeamter“. Der Redner hob in seinem Vortrage besonders die Notwendigkeit der Reform des Strafvollzuges hervor. Es sei zwar nach der Revolution in dieser Hinsicht manches geändert und verbessert worden und auch die Beamten hätten manches erreicht, was früher unerreicht war, so u. a. den Arbeitsentzug, aber sehr vieles herre noch der Erfüllung. Der Strafvollzug müsse im humanitären Sinne reformiert und so gestaltet werden, daß der Gefangene zum besseren Leben erzogen, damit er nach der Entlassung ein nützliches Mitglied der Gesellschaft werde. Ausführlich schilderte der Referent dann von schweren und verantwortungsvollen Diensten in Frage kommenden Beamten. Nicht nur körperlich, sondern auch seelischen Gefahren seien sie stets ausgesetzt. Durch Güte und freundliche Worte erreiche man oft mehr, als durch schroffes und hartes Auftreten. Der Gefangene müsse in den Beamten nicht den Feind, sondern eher den Freund erblicken. Beamte, die ein warmes Herz im Leibe haben und einen festen Charakter besitzen, sind die besten für diesen Stand. Ordnung und Disziplin muß natürlich in mäßiger Weise herrschen. Die große Masse des Publikums betrachte die Strafanstalten mit Scheu und einer gewissen, aus dem Altertum stammenden Vorurteilhaftigkeit. Es sei daher nötig, daß die Öffentlichkeit nicht nur über den Dienst der Beamten, sondern auch über das Leben und Treiben in den Strafanstalten aufgeklärt würde. Der Redner erhob zum Schluß die Forderung auf möglichst hohe Bildung für die Strafanstaltsbeamten und auf Schaffung von Aufstehergehülten. Auch ein politisches Vorkurs müsse der Beamte haben und sich regen politisch betätigen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — In der Aussprache forderte Herr Eulers vom Staats- und Gemeindegewerkschaften-Verband in längeren Ausführungen u. a., daß die Gefangenen mehr mit Arbeiten, die zum Denken anregen, beschäftigt würden. Ferner müsse dafür gesorgt werden, daß der Ertrag dieser Arbeit nicht den Privatunternehmern, sondern dem Staat und der Allgemeinheit zugute kommt. Herr Thiele von der Vorherrschaft der Strafanstaltsbeamten Kenntnis habe. Dieses sollte der Referent in seinem Schlußwort in Worte fassen. Dann wurde noch kurz über die Beförderungsreform und die Uniformfrage gesprochen. Man vermisse auf die Beförderungsreform in Dresden und forderte allseitig eine auskömmliche Bezahlung, ohne die eine Verbesserung der Strafvollzugsreform nicht denkbar sei. Als Uniform wird anstatt der blauen die braune gewünscht und als Waffe im inneren Dienst nicht der Säbel, sondern der Polizeiknüppel. Außer Dienst soll wie bisher ein Säbel getragen werden.

Unfall. Durch Auseinanderfahren eines Radfahrers (Sicherheitspolizei) mit einem Motorfahrer ereignete sich Sonntag vormittag in der Königsstraße, Ecke Friedrichsstraße ein Unglücksfall, wobei eine Frau aus der Margaretenstraße vom Motorrad überfahren wurde. Sie erlitt eine Unratsamverletzung und leichte Beinverletzung. Angehörige der Lübecker Sanitätskolonne brachen die Verunfallte in ärztliche Behandlung.

Stadttheater. Dienstag findet die Aufführung des „Zwanzigjährigen“ Schwan von H. Arnold und G. Wolf statt. Mittwoch und Donnerstag finden die Aufführungen von Frau H. Teil in „Hanswurst II“ (Schiller) statt. Freitag ist die Aufführung von „Hanswurst“. — Auf die Vorstellungen in den Kammertheatern am Freitag „Der Hieb im Panzerhaus“ weisen wir besonders hin.

Kinderkurse im Gewerkschaftshaus. Resultate vom Sonntag. Goldbach sagt über Ringens in 17,20 Minuten durch Schütz-

schmung aus dem Stand, Schütz über Fische in 13,45 Minuten durch Ausheber aus dem Stand, und im Entschleunungsstump Grunewald-Urbaß lehter durch Einbrücken der Brücke in der Gesamtzeit von 1 Stunde 58,25 Minuten.

Belohnung. Wie bereits berichtet, ist am 24. d. M. von dem Hausflur eines Hauses in der Fischegrube eine Kiste mit Tee, Lakritz-Zigaretten, Zimt, Griffel, weißen Pfeffer, Reihbrettschiffen, Kernseife, Pfaffenbrotkrumen und 600 Zigaretten gestohlen worden. Der Geschädigte führt für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Sachen oder für den, der den Täter so namhaft machen kann, daß seine gerichtliche Verurteilung erfolgen kann, eine Belohnung von 300 Mark zu.

Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist am Sonntag nachmittag ein Melkonmaniel mit Sammetfragen und schwarz-weiß gestreiftem Vornelkutter, der von einem hier wohnhaften Kaufmann in einem Schwartauer Lokal an den Garde-robotenänder gehängt war.

## Angrenzende Gebiete.

Schönberg. Verschüttet. Bei den Erbarbeiten, die zur Anlage weiterer Geleise auf dem hiesigen Bahnhof ausgeführt wurden, stürzte am Sonnabend plötzlich eine größere Erdmasse herab, wodurch drei hiesige Arbeiter verschüttet wurden. Trotz rascher Hilfe wurde ein Arbeiter sehr schwer verletzt, so daß er von der Sanitätskolonne in das hiesige Krankenhaus transportiert werden mußte. Die beiden anderen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Hamburg. Aus Unvorsichtigkeit erschossen. In seiner Wohnung probierte am Sonntag der Kriminalwachmeister Janßen seinen Dienstrevolver. Unglücklich brachte ein Schuß die Kugel war Janßen in den Kopf gedrungen und führte innerhalb weniger Augenblicke seinen Tod herbei.

Hamburg. Im Streite erschossen. In Altenwärder wurde der 13. Jahre alte Sohn des Volkshörners Kuelper von seinem 9 Jahre alten Vetter Heinrich Schwadtau mit einem 9-Millimeter-Teufelgewehr durch einen Schuß ins Herz getötet. Die Knaben waren in Streit geraten. Da sich der kleine Kuelper nicht vom Hofe entfernen wollte, holte sein Vetter das Gewehr aus der Kammer und gab aus drei Meter Entfernung den tödlichen Schuß ab.

Ikehoe. Auch die Liebe zum Kaiser geht durch den Magen. Dazwischen die Reichswehroffiziere in Ikehoe und ließen am 27. Januar wie sonst nur Sonntags doppelte Speisefolgen für die Mannschaften ausgeben. Der Etat ist je bemittelt. Schade! Man hätte sonst einmal fragen können, ob Wilhelm die Feiertagszulagen bezahlt oder wer sonst.

Lüneburg. Eine Explosion entstand in den Pulverfabriken Ellerau bei Quisdorn. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu beklagen. Der Sachschaden ist bedeutend. In dem benachbarten Friedrichsgrube wurden durch den Luftdruck zahlreiche Fensterheben zertrümmert.

Bremen. Mord und Selbstmord aus Eifersucht. Sonntag abend tötete der Landwirt Sämann seine Geliebte durch einen Schuß in die Schläfe, und nahm dann sich selbst durch einen Schuß in den Mund des Lebens. Der Tod trat bei beiden auf der Stelle ein. Der Grund zur Tat soll Eifersucht gewesen sein.

## Neueste Nachrichten.

Verchiebung der Abstimmung in Oberschlesien?

II. Berlin, 1. Februar. Wie das „Berliner Tageblatt“ von gut unterrichteter Seite hört, ist die Verchiebung des Abstimmungstermins für Oberschlesien vom 13. März auf ein späteres Datum wahrscheinlich. Der Termin für die Eintragung in die Listen wird um sechs Tage verlängert werden.

Der Ebersbacher Zwischenfall.

II. Berlin, 1. Februar. Im Auftrage des Generals Allen, Oberkommandierender der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, erschien beim Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, dessen Vertreter Herr Stone, und erklärte, daß der General sich hierdurch förmlich bei der deutschen Reichs- und der badischen Landesregierung entschuldigen wolle wegen der von zwei amerikanischen Kriminalbeamten verübten Verhaftung des Deutschamerikaners Bergdoll auf badischem Gebiet. Der General habe zu diesem Unternehmen, welches er sehr bedauernd, keinen Auftrag gegeben und dasselbe nicht gebilligt.

Internationaler Bergarbeiterkongress in Köln.

II. Berlin, 1. Februar. Das Internationale Bergarbeiter-Komitee hat, wie dem „B. Z.“ gemeldet wird, in seiner in London abgehaltenen Sitzung beschlossen, einen internationalen Bergarbeiterkongress in Köln abzuhalten. Der Beginn der Verhandlungen wurde auf den 8. August festgesetzt.

Die Schweizer Presse über die Pariser Beschlüsse.

II. Basel, 1. Februar. Die Schweizer Presse ist sich bei der Besprechung der Pariser Ergebnisse darüber im Klaren, daß die gefassten Beschlüsse undurchführbar sind. Die „Baseler Nachrichten“ bezeichnen das Resultat der Pariser Konferenz als sehr traurig und schreiben, die Pariser Konferenz habe nur gearbeitet, als wenn es sich um den Abbau der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeit Deutschlands gehandelt hätte. Das Blatt rechnet aus, daß nach der getroffenen Regelung die Summe der deutschen Schulden mehr als drei Billionen heutiger Papiermark betragen, und daß in den kommenden 42 Jahren je 20 Deutsche vom Säugling bis zum Greise die Bezahlung von mehr als eine Million obliegt.

Beginn der Brüsseler Konferenz am 7. Februar.

II. Brüssel, 1. Februar. Die Konferenz der Sachverständigen in Brüssel ist auf den 7. Februar einberufen worden. Die deutschen Delegierten sind gleichfalls geladen. Die Sachverständigen der Alliierten sind bereits mit der Ausarbeitung des Programms für die Beratungen beschäftigt.

## Eingegangene Druckschriften.

Postblatt für Holzarbeiter. Heft 1 des 16. Jahrganges, Januar 1921. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin. Das Postblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 3 Mk. pro Vierteljahr durch alle Buchhandlungen sowie direkt von der Expedition Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, zu beziehen. Ferner nehmen alle Postanstalten Bestellungen entgegen.

Ron der „Neuen Zeit“ ist neben das 18. Heft vom 1. Band des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Hegel und die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie. Von Friedrich Engels. — Ökonomie und Welt Herrschaft. Von Erwin Barth. — Produktionsweise und Produktionsverhältnisse nach Marx'scher Auffassung. Von Heinrich Casow. (Satz.) — Marx, Engels und Kant. Von Karl Vorländer. — Die Relativitätstheorie von A. Schoen (Leipzig). II. (Satz.) — Literarische Rundschau.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Hermann Bauer. Für die Rubrik „Kritik über“: August Schüt. Für Inzerate: Heinrich Friedr. Meyer & Co. Verleger: Heinz Steinberg, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



# Weisse Waren zu niedrigsten Preisen in allen unseren Textil-Abteilungen

**Weisse Blusen**  
aus Ia. Vollwolle  
mit Steifung ..... **48<sup>50</sup>**

- Wäschestoffe**
- Rohnessel (Stouts) ca. 40 cm breit ..... Meter **9<sup>50</sup>**
  - Hemdentuche ca. 50 cm breit, besonders stark Meter **14<sup>25</sup>**
  - Körperbarchend gewischt ca. 75 cm breit ..... Meter **16<sup>75</sup>**
  - Bettlakenstoffe Seidewebe, hübsches Muster Meter **28<sup>75</sup>**
  - Louisianatuche für Bettwäsche, Seidewebe ..... Meter **27<sup>50</sup>**
  - Bettsatin Deckbettsatins u. Bettdecken Meter **36<sup>75</sup>**
  - Bettsatin Kissenstoffe u. Bettdecken Meter **26<sup>50</sup>**

- Hauswäsche**
- Handtuchstoffe weiß ..... Meter **9<sup>50</sup>**
  - Handtuchstoffe Persepolis, weiß ..... Meter **10<sup>50</sup>**
  - Tischservietten 60 x 60 cm ..... **10<sup>75</sup>**
  - Bettbezüge 160 x 200 cm aus kräftigen Webungen ..... **138<sup>50</sup>**

- Weisse Stoffe**
- Frottee-Stoffe ca. 100 cm breit, weiß ..... Meter **19<sup>75</sup>**
  - Volle weiß u. gestreift, ca. 110 cm breit Meter **12<sup>75</sup>**
  - Batiste weiß, bestickte ca. 110 cm breit ..... **23<sup>50</sup>**
  - Vollvolle weiß, ca. 110 cm breit ..... Meter **29<sup>50</sup>**
  - Vollvoiles weiß, bestickt ca. 110 cm breit Meter **34<sup>75</sup>**

- Schürzen**
- Tändelschürzen aus Leinen mit besticktem ..... **22<sup>50</sup>**
  - Stöckerschürzen Wiener Form ..... **25<sup>50</sup>**
  - Kinderschürzen mit Schleifengarnung ..... **19<sup>50</sup>**

**Weisse Korsette**  
aus Ia. weissen Firmen  
purer Stoff ..... **25<sup>00</sup>**

**Weisse Kleider**  
in entzückender Ausführung ..... **135<sup>00</sup> 125<sup>00</sup>**

**Hemdentuche**  
Meter **11<sup>50</sup>** Meter **9<sup>85</sup>**

**Moderne Damen-Kragen**  
in eleganter Ausführung, für Blusen und Jacketts  
SERIE I durchweg ..... SERIE II durchweg  
Stück **3<sup>50</sup>** Stück **4<sup>50</sup>**

**Taschentücher**  
mit Stickerei, für Damen  
**3<sup>75</sup> 1<sup>45</sup>**

- Gardinen**
- Plauener Tüll-Gardinen ..... Meter **7<sup>50</sup>**
  - Plauener Tüll-Gardinen mit Bordüre, doppelt breit ..... Meter **12<sup>75</sup>**
  - Erbstüll-Gardinen-Fallen reich bestickt ..... Meter **7<sup>50</sup>**
  - Gardinen-Etamine ca. 100 cm breit, Fensterkarn ..... Meter **26<sup>75</sup>**
  - Elegante Erbstüll-Stores reich bestickt, mit und ohne Franse ..... **54<sup>75</sup>**
  - Künstler-Garnituren aus grüner engl. Tüll, 3 Schals und Querbehang ..... **79<sup>00</sup>**
  - Elegante Erbstüll-Garnituren reich bestickt ..... **115<sup>00</sup>**

**Tüll-Bettdecken**  
Zweilig, aus Erbstüll mit Karbestickerei ..... **125<sup>00</sup>**

**Weisse Röcke**  
aus gutem Frottee  
fresche Formen ..... **78<sup>50</sup>**

- Stickereien**
- Wäsche-Stickerei bis 4 cm breit, gute Qual., Meter 1.90 u. **1<sup>25</sup>**
  - Wäsche-Stickerei Ia. Qual., bis 5 cm breit, Meter 2.95 u. **2<sup>60</sup>**
  - Wäsche-Stickerei bis 8 cm breit auf gutem Wäschetuch, Meter 3.90 u. **3<sup>50</sup>**
  - Mull-Stickerei bis 10 cm breit Spitzen und Einsätze ..... Meter **3<sup>90</sup>**
  - Unterrock-Volants ca. 30 cm br. Mtr. 15.75, ca. 22 cm breit Mtr. **9<sup>75</sup>**
  - Wäsche-Bändchen und Wäschezacken ..... Meter 49.9 u. **48<sup>50</sup>**
  - Klöpplspitzen u. Einsätze, reines Leinen, Meter 8.75 u. **3<sup>50</sup>**

- Leibwäsche**
- Taghemden mit Stickereigarnierung ..... **26<sup>75</sup>**
  - Taghemden Ia. Wäschetuch mit breiter Stickerei **43<sup>75</sup>**
  - Beinkleider aus feinem Batist mit Spitzen-Einsatz **24<sup>50</sup>**
  - Beinkleider aus festem Wäschetuch mit Stickereigarnierung ..... **32<sup>75</sup>**
  - Garnitur: Hemd u. Beinkleid mit reicher Stickereigarnierung ..... **73<sup>50</sup>**
  - Stickerei-Untertailen aus feinem Batist ..... **12<sup>75</sup>**
  - Untertailen aus Wäschetuch mit Stickereigarnierung **14<sup>75</sup>**
  - Nachjackett weiß Körper-Barchent m. Umlegekragen **39<sup>75</sup>**
  - Unterröcke mit hohem Stickerei-Volant ..... **42<sup>75</sup>**
  - Damen-Nachthemden aus gutem Wäschetuch ..... **67<sup>50</sup>**

- Wirkwaren**
- Korsettschoner gestrickt ..... **6<sup>50</sup>**
  - Damen-Untertailen mit Tüllspitzen ..... **18<sup>50</sup>**
  - Damen-Hemdhosens gestrickt, mit Banddurchzug ..... **27<sup>50</sup>**
  - Damen-Schlupfhosen aus feinem weissen Trikotstoff ..... **34<sup>50</sup>**

**Damenstrümpfe**  
weiß, mit verstärkter Schie  
und Ferse ..... **12<sup>50</sup>**

**Stickerei-Reste <sup>Reste</sup> weit unter Preis**

# Holstenhaus

## Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübed, 31. Januar.

Beginn 6,25 Uhr.  
Der Vorsitz führt die einige Eingaben bekannt, u. a. eine solche der Vereinigung der Verleger der Lübschen Tageszeitungen über das Presseamt. — An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Mitglied des Planchafer wurde Ismus B. als überlängerter Deputierter in die Vorsteherchaft des Werk- und Buchhandels gewählt.

Der Entwurf einer neuen Geschäftsordnung der Bürgerschaft wird mit einigen Änderungen angenommen. Gegen die Geschäftsordnungen der ständigen Ausschüsse werden Einwendungen nicht erhoben.

Heise (Dem.) verweist auf die von der Pariser Konferenz beschlossenen Gewaltforderungen gegenüber Deutschland hin und legt eine Protestresolution vor. — Haut (Soz.) bekennt seine Zustimmung zu dieser Resolution. Im Augenblicke seien wir ohnmächtig und könnten nur betonen, daß wir diese schandbaren Forderungen nicht tragen könnten. — Dr. Wittern (M.) ist der Meinung, das deutsche Volk habe den Feinden mehr geglaubt als bestimmten Kreisen seines eigenen Volkes. Die Entschädigung sei nicht angebracht und werde kaum etwas helfen. — Der Vorsitz führt verweist darauf, daß es sich nur um eine Willensfindung handeln solle. Auf die Materie selbst könne man nicht eingehen. — Fr. Bartels (Dem.) schließt sich der Resolution an. — Dreger (Soz.) erklärt die Auslegung, die Herr Dr. Wittern der Resolution gegeben habe, mache es ihm unmöglich, für sie zu stimmen. — Senator Dr. Wermehren bekennt sich zu dem Gedanken der Resolution. Der Senat werde sich ihr anschließen. — Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Nach einer Mitteilung des Senates soll auf den Straßenschnitten die zweimalige Umsteigeberechtigung eingeführt werden.

1. Antrag: Anwendung der Bestimmungen des Artikels 5 Absatz 2 der Lübecker Landesverfassung auf das neugewählte Senatsmitglied. — Dr. Wittern (M.) erkundigt sich, welche Gründe den Senat bewegen hätten, das neue Senatsmitglied als nollamliches aufzunehmen. — Senator Dr. Wermehren erklärt, Senator Friedrich habe den Wunsch ausgesprochen, sich ganz dem Staate zu widmen und seinen bisherigen Beruf nicht weiter auszuüben. Der Senat habe nicht geglaubt, diesem Wunsche seine Zustimmung zu versagen. — Dr. Wittern (M.) sieht in diesem Vorgange eine gewisse Verfassungsverletzung. In Zukunft müsse man dem Geiste der Verfassung Rechnung tragen, schon im Interesse der Finanzen. — Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. — Dieses Resultat wird bezweifelt, vom Geschäftsvorstand aber als gegeben anerkannt.

2. Antrag: Erweiterung der Heringsumfahlanlagen in Travemünde. — Dreger (Soz.) macht zu dem Kommissionsbericht einige Bemerkungen und empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes nach den Kommissionsbeschlüssen. — Senator Stroh betont, der Senat stimme diesen Beschlüssen zu. Der Senat behalte sich aber vor, zu gegebener Zeit darauf zurückzukommen. — Neufeld (Dem.) bezweifelt die genügende Information. Der Interessentenkreis sei nicht richtig gewählt, man hätte weitere Kreise hören müssen. Für den Staat wäre mehr herauszuholen gemögen. — Dreger (Soz.) weist den Vorwurf der Schädigung des Staates durch die Kommission zurück. Der Interessentenkreis sei sehr weit gezogen gewesen. Es frage sich auch, ob die ursprüngliche Forderung moralisch zu verantworten gewesen wäre. Die Kommission empfehle dem Senat eine Prüfung der Vorlage bis zum nächsten Jahre vorzunehmen. — Dr. Wittern (M.) betont, die staatliche Versteigerung biete die einzige Möglichkeit, um die 2 Prozent Abgabe zu kontrollieren. Die jetzige Senatsvorlage habe mit der staatlichen Versteigerung gar nichts zu tun, diese könne nebenher noch eingeführt werden. Vorläufig handle es sich Mittel heranzuziehen, um die Amortisierung und Verzinsung des Kapitals zu erhalten. — Neufeld (Dem.): Die Fischinteressenten treten für die staatliche Versteigerung ein. — Dr. Neumann (Dem.) fordert möglichst Förderung des Ausbaues der Travemünder Fischzuchtanlagen. Die Kosten müßten die Interessenten tragen. Sie könnten es auch, weil sich das Lübsche verbillige. — Hagelstein (Soz.): Wenn die Großindustriellen das Heft in Händen hätten, würden sie die Preise vorschreiben. Die jetzt vorgeschlagene Abgabe stelle eine sehr gute Verzinsung der Anlagen dar. Weiter unterstreicht der Redner die Ausführungen seines Fraktionskollegen Dreger, daß alle Interessentenkreise gehört worden seien. — Dreger (Soz.) betont, Travemünde sei nicht der Platz, um große mechanische Anlagen zu schaffen, da es sich in der Hauptsache um einen Saisonartikel handle. — Neumann (Dem.) tritt für das Provisorium schon deswegen ein, weil noch nicht feststehe, ob in Travemünde die Fischhandelsfach-

konjunktur stabil bleibe. — Pape (fraktionslos) freut sich über den großen Unternehmungsgestir in Travemünde, den man jetzt nicht durch staatliche Eingriffe unterbinden sollte. — Haut (Soz.) wünschte für alle anderen staatlichen Unternehmungen eine solche gute Amortisierung, wie sie sich in Travemünde ergibt. — Der Senatsantrag wird angenommen.

3. Antrag: Erhebung einer Abgabe von Heringsversteigerungen in Travemünde. — Die Senatsvorlage wird abgelehnt, die Vorschläge der Kommission werden angenommen.

4. Antrag: Nachtrag zum Fischereigesetz. — Hagelstein (Soz.) tritt für die Vorlage ein, obwohl sie einige Härten bringe, und stellt einen Antrag, der sich mit alten Forderungen der Travemünder Einwohner über das Aalfischen, Heraushebung der Einkommensgrenze um beschäftigt, sowie eine Neuordnung des Fischereigesetzes fordert. Die Schlußurteil und Gotthunder Fischer seien nach der Heringszeit mit dem Fischen besser gestellt als die Travemünder. — Burwied (Dem.) erachtet, eine Prüfung der von den alten Fischern zu entrichtenden Abgaben vorzunehmen. Nach den neuen Bestimmungen müßten sie 200 Mk. bezahlen. — Senator Mehrlein betont, die Verhältnisse lägen jetzt sehr schwer, seitdem auch auswärtige Fischer hergekommen seien. Das Reich lege ebenfalls Wert darauf, daß wir einen Ausweg aus der letzten Fischereirechtslage finden. — Neumann (Dem.) hält ein Eingehen auf die Revision des Fischereigesetzes erst für angebracht, wenn die Anschließfrage mit der Provinz Lübed erledigt ist. — Dr. Wittern wendet sich gegen die Ueberleitung der Zonengrenze durch fremde Fischer. Die Strafen deshalb seien zu gering. Das jetzige Gesetz wolle einen wirksamen Schutz gegen diese Ueberletzungen schaffen. Die Ringwadenfischer an sich sei bedenklich, da ein gewisser Raubbau damit getrieben werde. Eine Einschränkung sei wünschenswert. Die Fischer seien damit einverstanden. Redner beantragt eine Abänderung, dahingehend, daß in den Lübschen Hochseesgewässern nicht mehr als 5 Ringwaden gleichzeitig fischen dürfen. — Neufeld (Dem.) ist Gegner von derartigen Polizeimaßnahmen. Einen Zwang könnten sich die Fischer selbst anlegen. Eine Revision der Kesselaufbühnenordnung sei ebenfalls notwendig, sie könnte dem Staate Geld einbringen. — Senator Mehrlein erklärt, die Fischer selbst seien mit dem Antrag Dr. Witterns einverstanden. — Dreger (Soz.): Die Kommissionsmitglieder waren mit dem Erlaß des Fischereigesetzes einverstanden. Ein Ausschuss zur Prüfung des Fischereigesetzes sei notwendig. Die Frage des Aalfischens müsse nach der alten Fassung erledigt werden. — Hagelstein (Soz.) polemisiert gegen die von rechts vorgebrachten Einwände. Die Travemünder Fischer sind bereit, eine gemeinsame Genossenschaft zu gründen, um die Streitfälle gütlich zu erledigen. — Senator Dr. Wermehren betont, daß bei einer neuen Revision des Fischereigesetzes nicht nötig sei, im alten Aalfisch zu wählen. Das Gesetz von 1896 habe mit diesem schon aufgeräumt. Dr. Wittern (M.) glaubt, daß eine Einigung der Fischer das Et des Columbus bedeuten würde. Er befürchte aber, daß ein milder Konkurrenzkampf einleze. — Hagelstein (Soz.) hält eine Einigung der Fischer vor als einen Vorteil, die allerdings für die Rechtsanwältinnen von Nachteil wäre. — Dreger (Soz.) ist ebenfalls der Meinung, daß eine Einigung der Fischer ein großer Fortschritt wäre. — Der Antrag Dr. Witterns, daß nur 5 Ringwaden im Bezirk 3 fischen dürfen, wird angenommen; hierauf ebenfalls die Senatsvorlage. — Das Erlaß des Fischereigesetzes wird dem Bürgerausschuss überwiesen. Das Erlaß des Fischereigesetzes über die Einleitung eines Ausschusses zur Prüfung des Fischereigesetzes wird angenommen.

5. Antrag: Rückbewilligung von Mitteln zur Aufschließung des Siedlungsgebietes. — Dr. Löwig (Soz.) hält die Beschaffung von Parzellen für ebenso notwendig wie die Schaffung von Siedlungsgebieten. Heute würden den Pächtern unnötige Pflichten auferlegt, um den Pachtvertrag zu unterschreiben. Einzelne müßten durch die bürokratische Regelung einen ganzen Tagelohn verlieren. — Wandke (Dem.) bemängelt die Säumigkeit des Staates bei der Genehmigung von Bauanträgen. Dadurch werde der Wohnungsbau gehemmt. — Der Senatsantrag wird angenommen.

6. Antrag: Verhärtung der Mittel für die Behörde für Travemünde. — Wird angenommen.

7. Antrag: Mittel für den Silberbühnenauschuss. — Neumann (Dem.) erkundigt sich nach dem Stande der Landbühnerei. — Vom Senatsausschuss wird erklärt, eine Wanderbühnerei sei im Aufbau begriffen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

8. Antrag: Weitere Verhärtung der Mittel der Beamtenunterstützungskasse. — Dr. Löwig (Soz.) fordert kommissarische Beratung. Eine Rechnungslage habe man nicht erhalten. Einzelne Beamte sollen bis zu 6000 Mk. aus der Kasse erhalten haben. — Senator Dr. Wermehren gibt zu, daß ausnahmsweise größere Unterstützungen ausgezahlt worden seien. Diese hätten sich als gut angelegt gezeigt. — Der Senatsantrag wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

9. Antrag: Fahrpreiserhöhung bei der Lübecker Straßenbahn. — Ambrosius (Dem.) hätte es für wünschenswert gehalten, wenn die Betriebsbehörde mehr Aufklärung in der Presse über die Notwendigkeit der Tarifierhöhung insbesondere für die Zweizonengrenze gegeben hätte. Die Nachpreiserhöhung könne man doch nur dahin verstehen, daß sie nur für Wagen in Betracht kämen, die nach 9 Uhr die Ausgangsstelle verlassen. — Senator Stad betont demgegenüber, die Wageninjassen, die um 9 Uhr bereits bezahlt hätten, kämen für den Aufschlag nicht mehr in Betracht. — Rodtjen (Soz.) gibt eine Richtigerstellung in bezug auf Tarifierhöhung und Lohnerböhung. Die Aufregung über die Tarifierhöhung käme aus den Reihen des Bürgertums. — Haut (Soz.) erachtet, die Frage der Monatskarten für kurze Strecken vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus zu prüfen. Wer einmal am Jahre verhindert sei, habe keinen Vorteil mehr von den Monatskarten. — Senator Stad erwidert auf eine Bemerkung des Redners, die Einführung der doppelten Umsteigeberechtigung werde sofort vorgenommen. — Ambrosius (Dem.) erklärt, sich nicht im mindesten gegen die Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter gewandt zu haben. — Knapp (Soz.) trägt, ob nicht für die Straßenbahn ein Notgeld eingeführt werden könnte. — Senator Stad hat gegen eine nochmalige Prüfung nichts einzuwenden. — Pape (fraktionslos) wünscht ebenfalls Abhilfe in der Wechselgeldfrage. Die Einführung von 60- und 80-Mk.-Scheinen wäre zu erwägen. In Hauptverkehrs Punkten könnte man Wechselgeldstellen einrichten. Die Unkosten der Straßenbahn müßten selbstverständlich von den Fahrgästen aufgebracht werden. — Senator Stad: Ein gewisses Notgeld ist ja bereits in den Bündelfahrtscheinen vorhanden. — Haut (Soz.) unterstreicht das vor Knapp Gesagte. — Mohr (Dem.) hält die Einführung von Notgeld für unmöglich. Das Reich verbiete es. — Dr. Wittern (M.) fordert, daß die Schaffner auch Bündelfahrtscheine verkaufen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

10. Antrag: Einrichtung eines Presseamtes. — Ambrosius (Dem.) stellt einen Änderungsantrag. Danach soll ein Presseamt eingerichtet, dafür aber im laufenden Rechnungsjahr nur 6000 Mk. für sachliche Ausgaben eingeleistet werden. — Sen. Dr. Raifbrenner tritt für die Schaffung des Presseamtes ein, dessen Notwendigkeit selbst das Finanzamt bezeugt habe. Es werde sich bald bezahlt machen. Es bilde kein Mittel gegen die Not der Zeit, sei aber bei guter Leitung herfür, uns besseren Zeiten entgegenzuführen. Die Kanalfrage, die Verbindung nach den nordischen Ländern, und auch hochpolitische Fragen der nächsten Zeit würden dieses Amt notwendig machen. — Mohr (Dem.) begrüßt die Errichtung eines Presseamtes. Es stelle eine Forderung der demokratischen Fraktion dar. Ein tüchtiger Leiter sei notwendig. Kleinere Städte hätten schon vor Jahren ein derartiges Presseamt. — Ambrosius (Dem.) betont, Herr Mohr habe nicht im Namen der ganzen demokratischen Fraktion gesprochen. Die Antragsteller im Bürgerausschuss hätten die großen Ausgaben nicht gehabt. Wenn sich das gleiche Resultat mit geringen Mitteln erreichen ließe, sollte man doch den Versuch machen. Man sollte auch prüfen, ob nicht aus den Reihen der Beamten zwei Leute für diese Arbeit genommen werden könnten. Die Hilfe der hiesigen Presse sollte man nicht verschmähen. Für die sachlichen Mittel wolle man die Mittel ganz bewilligen. Am Senat seien ja selbst zwei Herren, die der Presse nahegestanden hätten. — Senator Löwig ist für Ueberzeugung, daß der richtige Mann für dieses Amt nicht aus den Beamtenkreisen entnommen werden kann. Auch Mitglieder des Senats kämen nicht in Betracht. Es müßte ein Volkswirtschaftler mit weitem Gesichtskreis sein, der mit der hiesigen und auswärtigen Presse die rechte Fühlung nehmen könne. Eine Verlegung der Presse mit schmerzlichen Nachzügen läge nicht in der Frage, sondern es handle sich um eine Einrichtung, die für Lübeds Wettbewerb von einschneidender Bedeutung sein werde. Der Wettbewerb anderer Hafenstädte verlasse, den Verkehr an sich zu ziehen, und dagegen müßten wir uns wehren, um nichts ins Hintertreffen zu kommen. — Mohr (Dem.) hält es für verfehlt, hier Sparmaßregeln zu üben. Es handle sich um eine werbende Ausgabe. Kiel, Danzig würden viel mehr für derartige Zwecke ausgeben. — Ambrosius (Dem.) bedauert, daß man bei den Beratungen die Presse gar nicht herangezogen habe. Wenn man deren Vertrauen gewinnen wolle, hätte man sie nicht ausschalten dürfen. — Dreger (Soz.) verwendet sich für die Senatsvorlage. Eine Minderheit der Zeitungsverleger spreche sich übrigens zugunsten der Senatsvorlage aus. Für das Fortdauern unseres Wirtschaftslebens sei das Amt notwendig. Weiter fordert der Redner endliche Beilegung des Umtriebscharakters der Lübecker Anzeigen, dessen Schreiwelle er als skandalös bezeichnet. Sie vereinbare sich absolut nicht mit dem amtlichen Charakter. Wiederholte Anträge der Bürgerschaft an den Senat hätten noch keine Aenderung gebracht, die endlich herbeigeführt werden müsse. — Neufeld (Dem.) pflichtet Ambrosius bei. Die Ziele

## Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

Schluf.  
Als sie durch die stillen Gassen kamen und an ihren verlorene Vaterhäusern vorüber, erriff sie eine schmerzhaft wilde Raune und sie ranzen mit den anderen um die Wette hinter dem Geiger her, küßten sich, lachten und weinten. Sie ranzen auch den Hügel hinauf, über welchen der Geiger sie führte, wo die drei Weder lagen, und oben strich der schwarze Kerl die Geige noch einmal so wild, sprang und hüpfte wie ein Gespenst, und keine Gefährten blieben nicht zurück in der Ausgelassenheit, so daß es ein wahrer Bladsberg war auf der stillen Höhe; selbst der Schwärze sprang leuchtend mit seiner Last herum, und keines schien mehr das andere zu leben. Sali sah die Bredchen fester in den Arm und zwang es, still zu stehen; denn er war zuerst zu sich gekommen. Er lächle es, damit es schmeige, heftig auf den Mund. Da es sich ganz vergessen hatte und laut sang. Es verstand ihn endlich, und sie standen still und lauschend, bis ihr tobendes Hochgeistes die Feld entlang getraut war, und, ohne sie zu bemerken, am Ufer des Stromes hinauf sich verpoch. Die Geige, das Gelächter der Mädchen und die Lachzer der Bredchen tönten aber noch eine gute Zeit durch die Nacht, bis zuletzt alles verflang und still wurde.  
„Diesen sind wir entflohen,“ sagte Sali, „aber wie entfliehen wir uns selbst? Wie meiden wir uns?“  
Bredchen war nicht imstande zu antworten, und lag hochaufatmend an seinem Halse. „Sali ich dich nicht lieber ins Dorf zurückbringen und Leute wecken, daß sie dich aufnehmen? Morgen kannst du ja dann deinen Weges ziehen, und erwais mich es dir wohlgehen, du kommst überall fort!“  
„Vorkommen ohne dich!“  
„Du mußt mich vergessen!“  
„Das werde ich nie! Könntest denn du es tun?“  
„Könntest du nicht auch, mein Herz?“ sagte Sali und brach ihm die heißen Wangen, je nachdem es sie leidenschaftlich. „Ich an seiner Brust herumwarf, es handelt sich jetzt nur um dich; du bist noch so ganz jung und es kann dir noch auf allen Wegen gut gehen!“  
„Und dir nicht auch, du alter Mann?“  
„Komm!“ sagte Sali und zog es fort. Aber sie gingen nur wenige Schritte und kamen wieder still, um sich bequemer zu umarmen und zu küssen. Die Geige der Welt sang und musizierte ihnen durch die Seelen, man hörte nur den Fluß unten laut und lieblich rauschen im langsamem Ziehen.  
„Wie schön ist es da ringsherum! Hörst du nicht etwas können, wie ein schöner Gesang und ein Geläch?“  
„Es ist das Wasser, das rauscht! Sonst ist alles still.“  
„Kein, es ist noch etwas anderes, hier, dort hinaus, überall tönt's!“  
„Ich glaube, wir hören unser eigenes Blut in unseren Ohren rauschen!“  
Sie horchten ein Weilschen auf diese eingebildeten oder wirklichen Töne, welche von der großen Stille herrührten, oder welche sie mit den magischen Wirkungen des Mondlichtes verwechselten, welches nah und fern über die weißen Herföhnebel wallte, welche tief auf den Gründen lagen. Wohllich fiel Bredchen etwas ein, es suchte in seinem Brustgewand und sagte: „Ich habe dir noch ein Andenken gekauft, das ich dir geben wollte!“ Und es gab ihm den einfachen Ring und steckte ihm denkelnen selbst an den Finger. Sali nahm kein Ringlein auch hervor und feste ihn an Bredchens Hand, indem er sagte: „So haben wir die gleichen Gedanken gehabt!“ Bredchen hielt seine Hand in das blühende Silberlicht und betrachtete den Ring. „Et, wie er keiner Ring!“  
„Lage es lassend.“ „Run sind wir aber doch verlobt und verprochen, du bist mein Mann und ich deine Frau, wir wollen es einmal einen Augenblick lang denken, nur bis zum Rebellkriess am Mond rüber ist oder bis wir zwölf geahrt haben.“ „Küße mich zwölfmal!“  
Sali küßte gewiß ebenso hart als Bredchen, aber die Heiratsfrage war in ihm doch nicht so leidenschaftlich lebendig als ein bestimmtes Entweber — Oder, als ein unmittelbares Sein oder Nichtsein, wie in Bredchen, welche nur das eine zu fühlen fähig war, und mit leidenschaftlicher Entschiedenheit unmittelbares Tod oder Leben darin sah. Aber jetzt ging ihm endlich ein Licht auf, und das weibliche Gefühl des jungen Mädchens ward in ihm auf der Stelle zu einem wilden und heißen Verlangen und einer stübende Klarheit erhellte ihm die Sinne. So heftig er Bredchen schon umarmt und liebt hat, tat er es jetzt doch ganz anders und küßte sie und überbrachte es mit Küßen. Bredchen küßte ihn aller eigenen Leidenschaft auf der Stelle diesen Wechsel und ein heftiges Jittern durchfuhr sein ganzes Weien; aber eben dieser Rebellkriess am Monde rüber war, was es auch davon erriffen. Im heftigen Schmelzeln und Küssen begehrten sich ihre ringelwunden Hände und lachten sich selbst, wie von selbst eine Trauung vollziehend, ohne den Befehl eines Willens. Sali fery küßte bald wie mit Hammers, bald kam es still, er armate küßte und sagte leise: „Er gibt einem für uns, Bredchen, wir

halten Hochzeit zu dieser Stunde und gehen dann aus der Welt — dort ist das tiefe Wasser — dort weidet uns niemand mehr, und wir sind zusammen gewesen — ob kurz oder lang, das kann uns dann gleich sein.“  
Bredchen sagte sogleich: „Sali — was du da sagst, habe ich schon lange bei mir gedacht und ausgemacht, nämlich, daß wir sterben könnten und dann alles vorbei wäre — so schwöre mir es, daß du es mit mir willst!“  
„Es ist schon so gut wie getan, es nimmt dich niemand mehr aus meiner Hand als der Tod!“ rief Sali außer sich. Bredchen aber atmete hoch auf, Tränen der Freude entströmten seinen Augen; es raffte sich auf und sprang leicht wie ein Vogel über das Feld gegen den Fluß hinunter. Sali eilte ihm nach, denn er glaubte, es wolle ihm entfliehen, und Bredchen glaubte, er wolle es zurückhalten, so sprangen sie einander nach und Bredchen lachte wie ein Kind, welches sich nicht will lassen. „Bereust du es schon,“ rief eines zum anderen, als sie am Fluße ankommen waren und sich umarmten. „nein, es freut mich immer mehr!“ erwiderte ein jedes. „Aber Sali, ich bin ein Mann, ich bin ein Mann und überbrachte die eifernden Wasser, so hastig lachten sie eine Stille, um sich niederzulassen; denn ihre Leidenschaft lag fest nur den Reuß der Seilscheit, der in ihrer Vereinigung lag, und der ganze Wert und Inhalt des übrigen Lebens drängte sich in diesem Zusammen; was danach kam, Tod und Untergang, war ihnen ein Hauch, ein Nichts, und sie dachten weiter daran, als ein leidenschaftlicher denkt, wie er den anderen Tag leben will, wenn er keine letzte Habe vererbt.“  
„Meine Blumen gehen mir voraus,“ rief Bredchen, „heiß, sie sind ganz dahin und verweilt!“ Es nahm sie von der Brust, warf sie ins Wasser und lang laut dazu: „Doch lieber als ein Handweiser ist meine Lieb' zu dir!“  
„Sali!“ rief Sali, „hier ist dein Brautbett!“  
Sie waren an einen Fährweg gekommen, der vom Dorfe her an den Fluß führte, und hier war eine Landungsstelle, wo ein großes Schiff, hoch mit Heu beladen, angebunden lag. In wilder Bewegung begann er ungewillt die starken Seile loszulassen. Bredchen fiel ihm laufend in den Arm und rief: „Was willst du tun? Holen wir den Bauern ihr Heuschiff stellen zu guter Saat?“  
„Das soll die Kusener sein, die sie uns geben, eine schwimmende Bettstelle und ein Bett, wie noch keine Braut gehabt!“ Sie werden überdies ihr Eigentum unten wiederfinden, was es ja doch schon soll, und werden nicht wissen, was damit geschehen ist. Gleich schon kommt es und will hinaus!“  
„Das Schiff hat einies Schritte vom Ufer entfernt im tiefen Wasser.“ Sali und Bredchen mit kleinen Armen hoch empor und

halten Hochzeit zu dieser Stunde und gehen dann aus der Welt — dort ist das tiefe Wasser — dort weidet uns niemand mehr, und wir sind zusammen gewesen — ob kurz oder lang, das kann uns dann gleich sein.“  
Bredchen sagte sogleich: „Sali — was du da sagst, habe ich schon lange bei mir gedacht und ausgemacht, nämlich, daß wir sterben könnten und dann alles vorbei wäre — so schwöre mir es, daß du es mit mir willst!“  
„Es ist schon so gut wie getan, es nimmt dich niemand mehr aus meiner Hand als der Tod!“ rief Sali außer sich. Bredchen aber atmete hoch auf, Tränen der Freude entströmten seinen Augen; es raffte sich auf und sprang leicht wie ein Vogel über das Feld gegen den Fluß hinunter. Sali eilte ihm nach, denn er glaubte, es wolle ihm entfliehen, und Bredchen glaubte, er wolle es zurückhalten, so sprangen sie einander nach und Bredchen lachte wie ein Kind, welches sich nicht will lassen. „Bereust du es schon,“ rief eines zum anderen, als sie am Fluße ankommen waren und sich umarmten. „nein, es freut mich immer mehr!“ erwiderte ein jedes. „Aber Sali, ich bin ein Mann, ich bin ein Mann und überbrachte die eifernden Wasser, so hastig lachten sie eine Stille, um sich niederzulassen; denn ihre Leidenschaft lag fest nur den Reuß der Seilscheit, der in ihrer Vereinigung lag, und der ganze Wert und Inhalt des übrigen Lebens drängte sich in diesem Zusammen; was danach kam, Tod und Untergang, war ihnen ein Hauch, ein Nichts, und sie dachten weiter daran, als ein leidenschaftlicher denkt, wie er den anderen Tag leben will, wenn er keine letzte Habe vererbt.“  
„Meine Blumen gehen mir voraus,“ rief Bredchen, „heiß, sie sind ganz dahin und verweilt!“ Es nahm sie von der Brust, warf sie ins Wasser und lang laut dazu: „Doch lieber als ein Handweiser ist meine Lieb' zu dir!“  
„Sali!“ rief Sali, „hier ist dein Brautbett!“  
Sie waren an einen Fährweg gekommen, der vom Dorfe her an den Fluß führte, und hier war eine Landungsstelle, wo ein großes Schiff, hoch mit Heu beladen, angebunden lag. In wilder Bewegung begann er ungewillt die starken Seile loszulassen. Bredchen fiel ihm laufend in den Arm und rief: „Was willst du tun? Holen wir den Bauern ihr Heuschiff stellen zu guter Saat?“  
„Das soll die Kusener sein, die sie uns geben, eine schwimmende Bettstelle und ein Bett, wie noch keine Braut gehabt!“ Sie werden überdies ihr Eigentum unten wiederfinden, was es ja doch schon soll, und werden nicht wissen, was damit geschehen ist. Gleich schon kommt es und will hinaus!“  
„Das Schiff hat einies Schritte vom Ufer entfernt im tiefen Wasser.“ Sali und Bredchen mit kleinen Armen hoch empor und





Bis einschließlich Donnerstag die beiden Sensationen: Die Kwannon von Okadera nach dem gleichnamigen Roman von Ludwig Wolf in der Berl. Illust. Zeitung Der große Unbekannte.

Ab Freitag: Großstadtmädels. Sünden der Eltern. Zwei große Uraufführungen!

Nezmacher gesucht. Zu melden bei Hochseefischeri-Offtiengesellschaft "Trave".

Schwangerenfürsorge. Vergütliche Besuche...

Wirtschaft eventuell Café zu kaufen oder zu pachten. R. Scheefe.

Empfehle mich zum Haarschneiden... Fräulein (Hautkuren), Flechte...

Kolosseum Morgen, Mittwoch, d. 2. Februar, 7 Uhr: Gr. Lübscher Maskenball

Zentralverband der Angestellten Ortsgruppe Lübeck.

General-Versammlung am Freitag, dem 4. Februar abends 7 1/2 Uhr.

Öffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 2. Februar abends 8 Uhr.



Voranzelge: Sonntag, den 6. Februar im Lokale "Zur Post" Großer Preis-Lumpen-Ball

Promenaden-Café Breite Straße 65. Täglich ab 7 Uhr: Unterhaltungs-Mant.

Gr. Preis-Sta Mittwoch 7 1/2 Uhr. Ia. Fleischpreise. Fr. Altmann, Sadowast.lla

Gewerk-Schaftshaus Noch kurze Zeit verlängert! Europa-Meisterschafts-Ringkämpfe

Körnerfutter für Geflügel sowie ausl. Futterweizen Th. Häveker

Hansa-Theater Freitag 4. 2. (Ab. Serie II). ALOIS PENNARIN.

Der Schläger 18150) Fräulein Puck Operette.

Stadttheater Lübeck. Dienstag, Schft. C und 12. Vorst. im Sch.-Ab. Zwangs-einquartierung.

Sammerspiele. (Jänrhäusen). Freitag, Der Flak im Panzerhaus.

Weißer Engel. Mittwoch, den 2. Februar: 5. Familien-Abonnements-Ball.

prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer Schwarzfauer Allee 75. I. Dr. med. H. Niemann.

La Plata-Mais, reines Maiskörner Futtermittel für Pferde, Rindvieh, Schweine und Geflügel Th. Häveker

1. Jenseit Sued Syd. 10.50 2. 10.00 3. 12.00

Große Geld-Lotterie gegenl. d. Kriegsgefangen. - Geiselnahme. 6 Million Mark

Hermann Kersten. Original-Lose à 6.50 Mk.

Konzerthaus Lübeck Der versehenlich für Sonntag, den 13. d. M. angezeigte Maskenball findet bereits am Sonntag, dem 6. Februar statt.

Februar 1921. Escherer Quartett Gretl Köhlig + Eldorado-Trio Gottlieb Reck

Neuer Grundeigentümer - Verein Einladung zum 2jähr. Stiftungsfest

Das neue Februar-Programm. Eschl Köhler, Chansonnier u. Ansager

Luisenlust. Tanzkränzchen. Mittwoch: Tanz frei.

Arbeitsgenossenschaft Lübeck. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr: Versammlung

Dorothea Rex. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

Walter Leering. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.